

# Contra Salon

*Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - Nr. 20 - 15. 10. 2018*

---

## Ist die CDU eine konservative Partei?

*Nein, sie vereint Christlich-Soziale, Liberale und Konservative der Mitte*

Kürzlich erlebte ich in einer Bonner CDU-Mitgliederversammlung, dass eine junge aktive Dame meinte, die Partei sei eine **konservative** Partei, Kohl sei ein Konservativer gewesen und so fort. Dass ich sie nachdrücklich korrigierte, verblüffte sie.

In der Tat, der Vorgang zeigt, was der CDU und vor allem ihrer Chefin passieren könnte, wenn sie nicht in Sachen „politische Ausrichtung“ mehr gegen halten würde.

Denn es gibt wenig bekannte Ansichten, die dennoch wichtig sind. Hier ist eine: Auf spontane Nachfrage (2004) der Adenauer-Stiftung zur CDU-Ausrichtung reagierten nur 26% befragte Wahlberechtigte mit Sympathie auf den Begriff „konservativ“. Dagegen lehnten ihn 56% nachdrücklich ab. Man sollte sich deshalb auch an einen vergessenen „Befehl“ der 1970 noch in Bonn sitzenden SPD-Zentrale mit dem Wortlaut erinnern: „Die CDU/CSU ist in unseren relevanten Texten als konservativ zu bezeichnen, nicht als christlich-demokratisch. Dies nutzt uns.“ Der Vorgang ging damals durch alle Medien..

Es lohnt sich auch heute, der historischen Entwicklung von „konservativ“ nachzuspüren. Er prägte (in Deutschland ab etwa 1850 !) zunächst die ländliche Gesellschaft gegen die städtische. Dann misstrauten viele Konservative der Industrie-Entwicklung und sogar der medizinischen Forschung. Im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert wurden deutsche Konservative Gegner einer stärker werdenden parlamentarischen Demokratie, Bismarck dankte es ihnen.

Nach 1918/19 verschwand „konservativ“ weitgehend aus der neuen deutschen Parteienlandschaft. Konservative bauten damals, nicht nur in Deutschland, Parteien mit stark „nationaler“ Aussage auf. Doch unter Hitler wurden politische Konservative zu Feinden. Es gibt schon vor 1933 keinen NS-Text, in dem „konservativ“ positiv vorkommt.

Der Widerstand gegen den NS von 1933 bis 1945, dies betonte schon früh Graf Stauffenberg, lehnte Konservative mit der nicht neuen Begründung ab, sie hätten **maßgeblich mitgeholfen, Hitler an die Macht zu bringen. Das Argument überlebte nach 1945 den NS.** An keinem einzigen Ort in allen vier „Zonen“ von 1945 bedienten sich die Gründer von CDU oder CSU des Begriffs „konservativ“ in ihrem Namen. Man nannte sich christlich-sozial oder christlich-demokratisch. In den 50er Jahren kam es in Niedersachsen und Bayern zu Versuchen, ausdrücklich konservative Parteien zu bilden. Keine davon wurde ein Jahr alt.

Wichtig bleibt u.a., dass nach 1945 die meisten Repräsentanten der CDU nie Konservative waren. In NRW waren dies die Ministerpräsidenten und/oder Parteiführer von Karl Arnold bis Armin Laschet. Alles Leute der linken und rechten Mitte.

Von 1966 bis 1969 war ich Assistent des CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck. Wir arbeiteten 1968 am Entwurf eines ersten kompletten CDU-Programms auf Bundesebene, das im gleichen Jahr zum „Berliner Programm“ wurde. Im Mai 68 rief uns Franz-Josef Strauß an: „Wir würden uns

freuen, wenn Ihr auch den Begriff konservativ ins Programm schreiben würdet.“ Wir lehnten unmissverständlich ab, beriefen uns auf Adenauer.

Strauß war sauer. Bald begann das Bekenntnis der CSU zu „konservativ“, zunächst ganz dezent. Erst spät sagte die CSU, sie sei eine konservative Partei. Dies hatte europäische Folgen. Als 1976 die EVP gegründet wurde, blieb Strauß in München und murrte: „Das sind doch alles linke Parteien.“ Kohl hingegen stand bei der EVP-Gründung ganz weit vorn.

Zeitweise waren britische Konservative Gastmitglieder der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Dann gingen sie wieder weg. Die Zusammenarbeit von Christdemokraten und Konservativen auf dieser Ebene war gescheitert. Man blieb aber befreundet.

War Helmut Kohl konservativ? Lächerlich. Als er in Mainz Ministerpräsident wurde, holte er sich aus anderen Bundesländern Minister, die links standen oder liberal agierten, darunter Heiner Geißler, Hanna-Renate Laurien und Bernhard Vogel. Zugleich bat er den CDU-Liberalen Richard von Weizsäcker um Unterstützung. Nicht öffentlich, sondern im Kabinett sagte er oft: „Wenn wir Gesetze machen, dann immer ein paar Zentimeter links von der Mitte.“ Berichtete mir Staatssekretär a.D. Horst Langes aus Trier.

Die Sprachregelung in der CDU (nicht CSU !) lautet seit Helmut Kohl: „Christlich-Demokratische Partei, in der vor allem Christlich-Soziale, Liberale und Konservative Mitglieder sind.“ Angela Merkel sagt gern: „Mitte-Partei“.

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, CDU-Mitglied, schrieb am 26.7.2007 in der FAZ einen großen Text „Was ist konservativ?“ und kam nach kritischen Betrachtungen zu dem Schluss, KONSERVATIV könne jetzt noch gelten, wenn es um die Bewahrung humanistischer Fortschritte gehe. Doch ist der letzte Abschnitt seiner Arbeit ist erstaunlich: „Vielleicht ist die Frage ‚Was ist konservativ?‘ die falsche Frage und auch der mit der Aufklärung versöhnte moderne Konservatismus die falsche, weil ungenaue Antwort. Dies erkannt, sollte die politische Öffentlichkeit es sich nicht mehr so einfach machen, die politische Landkarte einfach nach links und rechts, progressiv und konservativ zu vermessen.“

Mehr als Dreiviertel der Journalisten in Massenmedien nennen die CDU konservativ. Kein Wunder, denn sie wählen SPD oder Grün. Anders läuft es z.B. in den Niederlanden und Österreich, wo Christdemokraten und Volksparteiler in den Medien nicht konservativ genannt werden.

---

## ***Dr. Björn Peters***

Liebe Freunde und Kollegen,

vor ein paar Wochen wohnte ich der Gründung einer europäischen Organisation zur Förderung der nuklearen Energien in Amsterdam bei. Anlass war, dass der weltweit wohl wichtigste Aktivist in der



Richtung, Michael Shellenberger aus Kalifornien, Organisationen und Individuen in Europa eingeladen hatte, um die Nutzung nuklearer Energien (Kernspaltung und Kernfusion) selbstbewusst einzufordern. Wir entschieden uns daher auch für den Namen „Nuclear Pride Coalition“. /// In wenigen Wochen werden wir mit einer Demonstration für die weitere Nutzung der Kernenergie an die Öffentlichkeit gehen. Wir laden Sie alle ein, mitzukommen: Am Sonntag, den 21. Oktober von 10 bis 16 Uhr auf den Marienplatz in München.

Es erfordert Mut und gute Gründe, um sich heutzutage zur Kernenergie zu bekennen. Meine Gründe hierfür versuche ich in der aktuellen Kolumne in „Die Energiefrage“ darzulegen. Wie immer bei kritischen Themen ist mein Artikel „Bekenntnis zu zukunftsfähigen Energieformen“ mit vielen Quellen gespickt. Damit setze ich eine Tradition fort, die ich in „Die Energiefrage“ schon vor einem Jahr begonnen habe, nämlich darüber aufzuklären, welche (geringen) Wirkungen Radioaktivität hat, warum es keine Endlagerfrage geben muss, und warum auch kerntechnische Havarien nicht das Ende der Welt sind. Viel zu viel über diese Themen ist von Vorurteilen und veralteten wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt. Aufklärung tut Not.

**DR. BJÖRN PETERS || Ressortleiter Energie, - Deutscher Arbeitgeber Verband e.V. || Unter den Eichen 7 || 65195 Wiesbaden // Tel: +49 6198 5866090 || Mobil +49 178 2589700 e-mail: [bp@DeutscherArbeitgeberVerband.de](mailto:bp@DeutscherArbeitgeberVerband.de)**-----

## Europäisches Parlament beschloss Rechtsrahmen für Solidaritätskorps

**D**amit besteht für junge Menschen die Möglichkeit, an einer breiten Palette von Solidaritätsprojekten teilzunehmen, u. a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt- und Katastrophenschutz, Bereitstellung von Lebensmitteln und Sachleistungen, Aufnahme und Integration von Migranten und Asylsuchenden. Für den Einsatz bestehen folgende Grundregeln:

**J**unge Menschen können sich bereits ab ihrem 17. Geburtstag registrieren, müssen jedoch vor Aufnahme ihrer ehrenamtlichen oder beruflichen Tätigkeit das 18. Lebensjahr vollendet haben, bzw. das 30. noch nicht abgeschlossen haben. --- Ehrenamtliche und berufliche Tätigkeiten sind klar voneinander getrennt. Damit soll verhindert werden, dass teilnehmende Organisationen junge Menschen unbezahlte Tätigkeiten verrichten lassen, die eigentlich von qualifizierten Arbeitskräften wahrgenommen werden müssten. Freiwilligentätigkeiten sind auf 12 Monate beschränkt, Praktika auf einen Zeitraum von 2 bis 6 Monaten. Darüber hinaus hat das Parlament eine Mindestlaufzeit von drei Monaten für Verträge festgelegt.

**F**ür die Teilnahme an dem Programm benötigen Organisationen ein „Qualitätssiegel“, das sie als Träger hochwertiger Solidaritätsprojekte auszeichnet. Dieses Siegel wird regelmäßig überprüft und kann den Organisationen auch entzogen werden. Dadurch soll verhindert werden, dass Organisationen nur aufgrund dieses Siegels automatisch finanzielle Unterstützung erhalten.

**V**on den im Zeitraum 2018 – 2020 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 375,6 Mio. Euro entfallen 90 % auf die Freiwilligen-, 10 % auf die Beschäftigungsprojekte im Programm. Für die nächste Haushaltsperiode (2021 – 2027) hat die Kommission 1,26 Mrd. Euro vorgeschlagen.

---

## Dr. Werner Langen MdEP

### *Europäischer Rat – träge und kaum flexibel*

In den vergangenen Jahren haben Bankenkrise, Staatsfinanzkrise in einigen Mitgliedstaaten und die aktuelle Flüchtlingskrise die EU immer wieder besonders herausgefordert. Es zeigt sich, dass die bisherigen Strukturen und Entscheidungsprozesse, vor allem auf Ebene des (europäischen) Rates zu träge und unflexibel geworden sind. Wahr ist aber auch: Eine EU mit 28 Mitgliedstaaten ist nicht mehr so zu organisieren, wie dies in den Gründungsjahren war.

Außenpolitisch wird Europa als Ganzes wahrgenommen, aber die gemeinsame europäische Außenpolitik blieb im Aufbau und ist vielfältigen Konflikten weltweit noch nicht vollständig gewachsen. Zudem haben nationale Präferenzen zu großen Einfluss auf die internationale Außenpolitik.

Derzeit sind die Mitgliedstaaten der EU starke und wichtige Handelspartner in der Welt. Die USA, China und die Asiatischen Schwellenländer sind allerdings ständig bestrebt, sich schneller weiter zu entwickeln als wir Europäer mit hohen Wachstumsraten auf einer niedrigeren Entwicklungsbasis als die EU. Da können wir in Europa dauerhaft nur gemeinsam gehalten, indem wir die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Währung, einem gemeinsamen Binnenmarkt und mit den vier Grundfreiheiten stärken.

Die Mitgliedstaaten müssen sich gemeinsam für den Schutz der Außengrenzen finanziell und personell engagieren. Nur dann ist eine geordnete Zuwanderung in die EU überhaupt auf Dauer möglich. Nur wenn die Mitgliedstaaten erkennen, dass finanzielle Anreize der EU nicht ohne die gleichzeitige Bereitschaft zu Solidarität und Souveränitätsteilung möglich sind, wird ihnen eine Weiterentwicklung der Grenz-, Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik gelingen.

Die Überprüfung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Europäischen Institutionen für neue Gesetzgebungsvorschläge ist sicher richtig. Nur nach einer Bestandsaufnahme ist es möglich, den europäischen Bauchladen der Richtlinien und Verordnungen zu entrümpeln. Dazu hat die EU-Kommission bereits einige Vorschläge gemacht und ein breiter Konsens besteht, dass sich europäische Gesetzgebung nicht in allen Bereichen einbringen muss, wo dies besser national zu regeln ist. Es werden nun Gesetzespakete vorgeschlagen, die abgeschafft werden. Eine Entbürokratisierung und bessere Rechtsetzung der EU unterstützen CDU/CSU-Abgeordnete seit langem.

Eine Stärkung der Parlamente auf nationaler Ebene halte ich für ziemlich kontraproduktiv. Damit verlängern sich Gesetzgebungsprozesse noch mehr und die Kompromissfindung wird schwerer. Vielmehr sollten die inzwischen übliche Form der Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission reformiert werden. Die Entscheidungskompetenz des Europäischen Parlamentes wurde durch den Lissabonvertrag gestärkt, so dass transparente Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum für fast alle Gesetzesinitiativen **von außen verfolgt werden können**. Dementsprechend sollte auch die Ratsarbeit offener geführt werden, damit Entscheidungen transparent werden und besser von den Bürgern verstanden werden können.

Die Herausforderungen sind grösser als früher --- In den vergangenen Jahren haben Bankenkrise, Staatsfinanzkrise in einigen Mitgliedstaaten und die aktuelle Flüchtlingskrise die Europäische Union immer wieder besonders herausgefordert. Es zeigt sich, dass die bisherigen Strukturen und Entscheidungsprozesse, vor allem auf Ebene des Rates zu träge und unflexibel geworden sind.

Eine EU mit 28 Mitgliedstaaten ist nicht mehr so dynamisch zu organisieren, wie dies in den Gründungsjahren der 60er war.

Außenpolitisch wird Europa als Ganzes wahrgenommen, aber die gemeinsame europäische Außenpolitik ist erst im Aufbau und derzeit den vielfältigen Konflikten weltweit noch nicht vollständig gewachsen. Zudem haben immer noch die nationalen Präferenzen einen großen Einfluss auf die internationale Außenpolitik.

## Top-Thema : ERASMUS+ weiterentwickeln

ERASMUS+ hat eine positive Wirkung auf die Einstellung junger Menschen zur EU. Das Programm fördert die individuelle Lehr- und Lernmobilität und hat die meisten der angestrebten Mobilitätsziele erreicht. Das ist das Ergebnis eines Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs (EuRH).

Der EuRH empfiehlt der Kommission u.a.

- das Programm weiter zu vereinfachen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern;
- die Antragstellung und Berichterstattung für die Empfänger und die einzelnen Teilnehmer zu erleichtern;
- Pauschalbeträge, Pauschalsätze und Einheitskosten beizubehalten und die Finanzhilfebeträge anzupassen, falls erforderlich;
- die IT-Tools zu verbessern und die Verfahren weiter zu automatisieren;
- Schülerinnen und Schüler in die Erasmus+-Mobilität aufzunehmen;
- Studiendarlehen auch für die Mobilität von Doktoranden und Nichtgraduierte;
- bei der Dauer der Mobilität von Doktoranden mehr Flexibilität.

Erasmus+ ist ein EU-Programm zur Unterstützung von Maßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport mit einem Gesamtbudget von 16,45 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020. Das Programm erstreckt sich auf Hochschulbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Schulbildung, Erwachsenenbildung, Jugend und Sport.

---

## WAS IST KLIMA?

Klima ist gemäß Definition der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) das 30-jährige statistische Mittel von Wetterelementen wie Temperatur, Windgeschwindigkeit und Niederschlag. Klima darf nicht mit der Witterung über kürzere Zeiträume verwechselt werden.

Es gibt kein „Globalklima“, sondern nur Klimazonen von polar bis tropisch. Das Klima aller Klimazonen der Erde war niemals konstant. Klimaänderungen sind die Regel. Es gab schnelle und langsame Klimaänderungen, wobei die Trends in verschiedenen Regionen oft sogar gegenläufig waren und es auch heute sind. Manche Ursachen sind bekannt, die meisten noch nicht. Der Begriff „aktueller Klimawandel“ ist irreführend, weil Wetter und Klima sich stets, ununterbrochen und unabdingbar ändern.

***Der täglich durch die Medien gehende „Klimaschutz“ ein politischer und ideologischer Begriff, der wissenschaftlich nicht zu halten ist. Klima kann man nicht „schützen“.***

Wie war das Klima früher? --- Die rezente, auf natürliche Ursachen zurückgehende Klimaveränderung verläuft vergleichsweise moderat. Es ist heute allgemein wissenschaftlich anerkannt, dass es in früheren erdgeschichtlichen Perioden ungleich heftigere klimatische Veränderungen gegeben hat. Günstig für die Menschen und mit erheblichem Bevölkerungszuwachs infolge bes-

serer Ernten verbunden war z. B. die mittelalterliche Warmzeit (ca. 1000 bis 1300). Katastrophal wirkte sich hingegen die „Kleine Eiszeit“ (ca. 1400-1800) aus, deren kälteste Phase in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zusammen mit dem solaren Maunder-Minimum auftrat. Während wir heute mit Blick auf die letzten 100 Jahre von wenigen Zehntelgrad Temperaturänderungen reden, erlebten die Menschen der Weichsel-Kaltzeit (ca. 120.000-10.000 v. h.) Klimasprünge von mehreren Grad während einer Lebenszeit. All das geschah ohne anthropogenes CO<sub>2</sub>. Glaziologen stellen fest, dass die Temperaturen während der letzten 10.000 Jahre zu zwei Drittel der Zeit höher waren als heute. Die Alpengletscher waren in allen stärkeren Warmperioden fast verschwunden, etwa, als Hannibal mit Elefanten die Alpen überquerte. In den heißen Sommern der mittelalterlichen Warmzeit führten die europäischen Flüsse kaum noch Wasser. So konnten die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke in der trockenen Donau gebaut werden und die Kölner den Rhein lange Zeit trockenen Fußes überqueren.

Nehmen extreme Wetterlagen zu? --- Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Extremwetter. Selbst das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7, dass eine Zunahme von Extremwetter-Ereignissen nicht nachweisbar ist.

Arktis, Antarktis und Meeresspiegel. --- Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage schon 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es in den sehr warmen 1930ern. Die stetige Zunahme an Schnee und Eis in der Antarktis zeigt auch die Neukonstruktion der deutschen Antarktis-Forschungsstation Neumeyer III. Sie ruht auf hydraulischen Stelzen, die von Jahr zu Jahr über den wachsenden Schnee- und Eisschichten gehoben werden. Die Vorgängerstation Neumeyer II liegt heute etwa 12 Meter unter der Oberfläche. Auf dem Hochplateau von Grönland gab es im II. Weltkrieg Notlandungen von Militärflugzeugen. Diese liegen heute bis zu 140 Meter unter dem gewachsenen Inlandeis. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren. Ein durch anthropogenes CO<sub>2</sub> bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldata noch mit Satellitenmessungen belegbar.

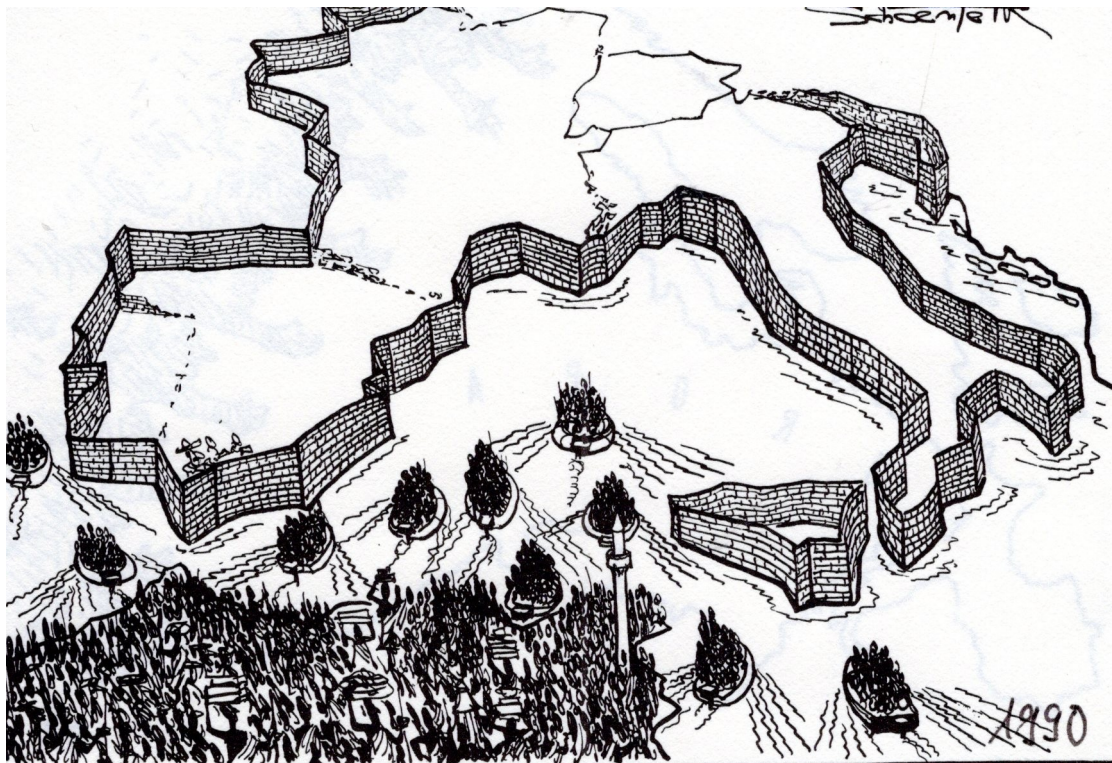
CO<sub>2</sub> – Schadstoff oder Lebenselixier? --- CO<sub>2</sub> ist Grundbaustein der Photosynthese und damit Voraussetzung allen Lebens unserer Erde. Mit zunehmender CO<sub>2</sub>-Konzentration wachsen Pflanzen besser: Die Getreide-Erträge im Freiland steigen. Gewächshauskulturen werden zur Ertragssteigerung mit CO<sub>2</sub> begast. Mit Millionen Kubikmetern !!

Für die Südhalbkugel der Erde wurde bis heute kein signifikanter oder gar einheitlicher Erwärmungstrend gefunden. Die Antarktis kühlt sich weiter ab. Die rezente, im Vergleich mit der Klimageschichte geringfügige Erwärmung der Nordhemisphäre im 20. Jahrhundert veranlasste die UN, das IPCC („Weltklimarat“) zu gründen. Damit wurde die Klimawissenschaft politisch und ideologisch instrumentalisiert, Opposition wurde „aussortiert“. Ziel war und ist es, den nationalen Regierungen die propagandistische Grundlage für einschneidende Änderungen ihrer Energie- und Fiskalpolitik zu liefern. So können restriktive und die demokratischen Freiheiten einschränkende Gesetze durchgesetzt werden. Dabei arbeiten IPCC, Regierungen, Parteien, Klimainstitute, ideologische NGOs, aber auch **profitierende Industrien wie Windrad-, Photovoltaik-, Dämmstoffindustrie sowie Energiemonopolisten, Versicherungen, Banken und Medienmonopole Hand in Hand** – auch zum Schaden der Armen in der dritten Welt.

IPCC-Prognosen sind längst weit entfernt von den realen Beobachtungsdaten. „Climategate“ hat Ende 2009 aufgezeigt, dass die Erwärmung der Nordhemisphäre geringer ausgefallen ist, als vom

IPCC dokumentiert. Darüber hinaus wurde auch der Wärmeinseleffekt, bedingt durch oft stadtnahe Messstationen, an keiner Stelle herausgerechnet. Die reale Temperaturerhöhung von wenigen Zehntelgrad Celsius ist trotz starkem Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts nicht im entferntesten vergleichbar mit dem vom IPCC prognostizierten Simulationsergebnis. Ein anthropogener Klimaeinfluss des beschriebenen Ausmaßes kann in Wirklichkeit nirgendwo festgestellt werden. Wir haben es hier ganz offensichtlich mit einer stark übertriebenen Aussage zu tun.

Die folgende Karri wurde schon 1990 veröffentlicht und wird überraschen. Denn schon damals



schlug sich die EU mit Druck aus Afrika herum.

Der Druck konzentrierte sich wie heute vor allem auf Libyen, auch wenn es dort damals noch eine stabile Regierung ab.

Hier „sichtbarer“ Druck aus Algerien/Marokko wurde 1990 von Paris erfolgreicher als heute „behandelt.“

Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de) /// **Deine/Ihre SPENDE bitte an Konto Volksbank 53343 Wachtberg**

**IBAN = DE 15 3706 98 05 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I**

